



Protokollauszug zum AUSSCHUSS FÜR WIRTSCHAFT, KULTUR UND VERWALTUNG

am Dienstag, 19.09.2017, 17:03 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

- TOP 1**
- Aktionsprogramm Nachhaltige Mobilität Ludwigsburg**
 - Klageandrohung der Deutschen**
 - Umwelthilfe/mögliche Fahrverbote**
 - Vorstellung des Maßnahmenprogramms**
 - Bericht über die Gespräche auf Bundes- und Landesebene**

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** informiert die Mitglieder des Ausschusses, dass die Bundesregierung und die Deutsche Automobilindustrie im sogenannten „Dieselgipfel“, der im Bundeskanzleramt stattgefunden habe, neben Software-Upgrades für Dieselfahrzeuge auch ein Finanzpaket in Höhe von 500 Millionen Euro vereinbart haben. Die Hälfte davon, also 250 Millionen Euro, soll die Automobilindustrie aus ihren eigenen Mitteln bestücken. Die Mittel aus diesem Förderpaket sollen Kommunen, die wegen der Luftverschmutzung unmittelbar von Fahrverboten bedroht seien, zur Verfügung gestellt werden. Das Ziel sei, geeignete Maßnahmen zur Reduzierung der kritischen Luftwerte kurzfristig umzusetzen. In Ludwigsburg sei die Feinstaubbelastung aktuell zurückgegangen und liege innerhalb der gesetzlich erlaubten Grenzwerte. Allerdings habe die Stickstoffdioxidbelastung zugenommen und liege aktuell bei 53 Mikrogramm. Die Umweltnormen sehen hierfür einen Maximalwert von 40 Mikrogramm vor. In der Landeshauptstadt Stuttgart liege die Belastung an Stickstoffdioxiden sogar höher und betrage 83 bis 86 Mikrogramm. Somit sei Stuttgart eine der am stärksten belasteten Städte in Deutschland. Ludwigsburg liege im bundesweiten Vergleich bei Platz 20. In der Region Stuttgart gebe es laut OBM Spec weitere Städte, z. B. Esslingen, Marbach a.N. oder Pleidelsheim, für die die Deutsche Umwelthilfe entsprechende Luftreinhaltepläne seitens der Landesregierung gefordert habe. OBM Spec berichtet, dass an den Gesprächen im Bundeskanzleramt neben der Kanzlerin und mehreren Bundesministern auch die Ministerpräsidenten der Länder sowie einige kommunale Spitzenverbände und Vertreter der von Fahrverboten betroffenen Städte teilgenommen haben. Er persönlich habe als Vertreter der Stadt Ludwigsburg teilgenommen. Die Kanzlerin habe bei diesem Treffen zugesagt, den Fonds mit Mitteln des Bundes auf eine Milliarde Euro aufzustocken. Im Vorfeld des Treffens im Kanzleramt habe das Verkehrsministerium des Landes Baden-Württemberg die von Fahrverboten bedrohte Städte im Land aufgefordert, Maßnahmen mit ersten grob formulierten Projektskizzen anzumelden. Die Stadt Ludwigsburg habe darauf reagiert. OBM Spec stellt kurz die Projekte zur nachhaltigen Mobilität vor, welche die Stadt für eine Förderung aus dem Mobilitätsfonds des Bundes gemeldet habe. Diese sind:

TOP 1**Aktionsprogramm Nachhaltige Mobilität Ludwigsburg
- Klageandrohung der Deutschen
Umwelthilfe/mögliche Fahrverbote
- Vorstellung des Maßnahmenprogramms
- Bericht über die Gespräche auf Bundes- und
Landesebene**

Handlungsfeld	Maßnahme
Neue Pendlerwege	Reaktivierung Eisenbahnstrecke BRT-Trasse
Intelligente Verkehrssteuerung	Stadtweites Parkraummanagement Ausstattung LSA und Buse mit V2X
Förderung Schienenfahrzeuge	Anschaffung 2 Elektrozüge
Emissionsarme Busflotten	Nachrüstung Dieselbusse Neuanschaffung Elektrobuse Anschaffung 2 elektrische BRT-Fahrzeuge
Bike and Ride	Neubau Fahrradparkhaus Aufstockung Kapazitäten RegioRad
Tarifsenkung im ÖV	Vergünstigtes Stadtticket
City-Logistik	
E-Mobilität	High Performance Charging Förderung E-Carsharing-Fahrzeuge Ladesäulen für E-Carsharing Ladesäulen für E-Taxis Förderung E-Taxis

OBM Spec teilt mit, dass die Stadt Ludwigsburg über die kommunalen Spitzenverbände und über den Bundestagsabgeordneten aus dem Landkreis Ludwigsburg Herrn Steffen Bilger (CDU) angeregt habe, dass die Städte, welche in den Genuss einer Förderung aus dem Mobilitätsfonds kommen, eine Förderunschädlichkeitserklärung bekommen. Diese soll dazu beitragen, dass die Kommunen mit der Umsetzung der Maßnahmen sofort beginnen können und nicht bis zur Gewährung der Förderung damit warten müssen. Bisher habe die Stadt keine Rückmeldung hierzu bekommen. Nach dem Bericht eröffnet OBM Spec die Aussprache.

Die CDU-Fraktion sei laut Stadtrat **Herrmann** davon überzeugt, dass einseitige Fahrverbote nichts zur Lösung des Problems der Luftverschmutzung beitragen. Geeigneter hierfür wäre ein Mix aus unterschiedlichen Maßnahmen. Die Feinstaubbelastung sei im Allgemeinen zurückgegangen. Dafür habe aber die Stickoxid-Belastung stark zugenommen. Wohl auch aus diesem Grund habe die Bundesregierung zunächst 500 Millionen Euro für Luftreinhaltungsmaßnahmen in den Kommunen zur Verfügung gestellt und vor dem Hintergrund sprudelnder Steuereinnahmen die Option auf Erhöhung der Fördergelder auf bis zu einer Milliarde Euro in den Raum gestellt. Dieses Vorgehen sei nach Ansicht der CDU-Fraktion sinnvoll und richtig. Die Maßnahmen, welche die Stadt Ludwigsburg zur Förderung gemeldet habe, seien in dem bereits vor 3 Monaten vorgestellten Mobilitätskonzept 2030 Plus der CDU Ludwigsburg enthalten. So beispielsweise eine intelligente Ampelschaltung, die Förderung von elektrischen Ladesäulen oder die Einführung eines Stadttickets analog zur Praxis in den Städten Herrenberg und Marbach. Die Bemühungen der Verwaltung, die bestmöglichen Fördermöglichkeiten für verschiedene Projekte zu erreichen, werden von der CDU-Fraktion mitgetragen. Ergänzend sei aber notwendig, dass Bund und Länder weiterhin in den Straßenbau investieren, um auch die Luftqualität zu verbessern. Als Beispiel hierfür nennt Stadtrat Herrmann den Bau von Umfahrungsstraßen, die allgemein einen besseren Verkehrsfluss mit weniger Staus und entsprechend weniger Schadstoffausstoß erlauben würden. Im Bereich der Elektromobilität sollte geprüft werden, wie schädlich die Produktion und Entsorgung von Batterien sei.

Abschließend äußert Stadtrat Herrmann seine Bedenken zur Praxis der Deutschen Umwelthilfe, welche eng mit dem Automobilhersteller Toyota, einen Hauptwettbewerber der deutschen Automobilindustrie und anderer Hersteller von Dieselfahrzeugen, zusammenarbeitet. Hier sei nach Ansicht von Stadtrat Herrmann ein wirtschaftliches Interesse dieser Organisation nicht eindeutig auszuschließen. Problematisch finde er auch die Tatsache, dass sich die Deutsche Umwelthilfe zu einem Drittel aus Abmahnungen finanziere. Stadtrat Herrmann sieht dennoch die Deutschen Automobilhersteller in der Pflicht, sich verstärkt um die Entwicklung von schadstoffarmen Verbrennungsmotoren zu bemühen.

Im Namen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen verliest Stadtrat **Dr. Vierling** eine Stellungnahme, die nachfolgend in ihrem Wortlaut wiedergegeben wird:

„Wir brauchen eine Entlastung der hunderttausend Menschen in Deutschland, die in den Innenstädten wegen der viel zu hohen Dieselaabgase leiden. Stickoxid reizt die Atemwege, beeinträchtigt langfristig die Lungenfunktion und führt zu chronischen Herz-Kreislauf-Erkrankungen und vorzeitigen Todesfällen. Besonders für Kinder und andere empfindliche Menschen sind die Stickoxide gefährlich. Beim Schutz der Menschen vor den Stickoxiden versagt die Politik mindestens seit acht Jahren. In vielen Städten werden die verbindlichen Grenzwerte für die Belastung der Außenluft mit Stickoxiden seit dem ersten Geltungsjahr 2010 stets und ständig überschritten. Wesentliche Ursache für die Stickoxide sind die Dieselaabgase. Diesel-Pkw sind die maßgebliche Quelle der Luftbelastungen. Betrügereien und Schummeleien der Autohersteller und Kumpanei der Autobürokratie haben allzu lange mögliche technische Fortschritte bei der Luftreinhaltung verzögert. Wir Grüne sagen: Da haben auch die anderen Parteien viel zu lange weggeschaut. Die Grünen waren es, die immer wieder darauf gedrängt haben, dass die geltenden Grenzwerte in unseren Städten eingehalten werden müssen. Wir brauchen auch in Ludwigsburg einen ehrgeizigen Luftreinhalteplan, der seinen Namen verdient. Und wir brauchen eine umfassende Verkehrswende mit deutlich weniger Autoverkehr. Die Gemeinderatsfraktion der Grünen hat, zuletzt noch am 6. März dieses Jahres in einem Antrag zum Luftreinhalteplan die Verwaltung aufgefordert, aktuelle Messergebnisse für Ludwigsburg bekannt zu geben und über den Stand der Umsetzung des Luftreinhalteplans zu berichten. Wir verstehen nicht, warum unser Antrag bis heute nicht aufgerufen worden ist. Unser geltender Luftreinhalte- und Aktionsplan setzt offenbar seit etlichen Jahren keine Dynamik mehr frei. Es fehlt wohl sowohl an der Umsetzung bereits formulierter Maßnahmen – Stichwort Ausbau des Radwegenetzes – als auch an der engagierten Fortschreibung des Plans.

Auch für uns in der Stadt Ludwigsburg, für uns als Gemeinderat, Bürgermeister und Verwaltung, muss es peinlich sein, dass erst die Klageankündigung der Deutschen Umwelthilfe echten Schub und Rückenwind für Luftreinhalte-Maßnahmen erzeugt.

Erst drohende Fahrverbote schrecken diejenigen auf, die sich als Schutzmacht der Autos und ihrer Fahrer und Parker verstehen. Aber wer meint, jetzt gehe es hauptsächlich darum, Fahrverbote zu verhindern, der hat einen Knick in der Wahrnehmung. Jetzt geht es darum, dass die Gesundheit der Menschen in der Stadt endlich Vorrang bekommt vor anderen Wünschen. Und für die Diesel-Fahrzeuge gilt: Die Beschlüsse des sogenannten Diesel-Gipfels reichen nicht aus: Software-Nachrüstung und Kaufprämien der Hersteller reichen bei weitem nicht aus. Mit dem Umweltbundesamt sagen wir: Der Schlüssel zur wirksamen Stickoxidminderung ist in der Hand der Automobilhersteller: Kein Weg wird daran vorbei führen: Die schmutzigen Dieselfahrzeuge, die die schlechteren Abgaswerte aufweisen als sie der Euro 6 d-Norm entsprechen, die müssen sehr bald Hardware-technisch nachgerüstet werden. Und zwar auf Kosten der Autohersteller.

Die haben die Käufer bei den Abgaswerten in die Irre geführt. Dafür bräuchten Autokäufer das Recht auf Musterfeststellungsklage. Aber die CDU hat es bisher zu verhindern gewusst, dass die Käufer dieses Recht erhalten. Genauso wie die CDU die Blaue Plakette verhindert hat. Und wenn es um das Ludwigsburger Maßnahmenbündel zur Luftreinhaltung geht, dann müssen wir eben ganz nüchtern realistisch abschätzen: Was bringt wie schnell wie viel? Die Ludwigsburger Stickoxidwerte sind um rund 13 Prozentpunkte höher als erlaubt. Der EU-Grenzwert liegt bei maximal 40 Mikrogramm Stickstoffdioxid pro Kubikmeter im Jahresmittelwert. In Ludwigsburg hatten wir im Jahr 2016 aber eine Belastung von 53 Mikrogramm. Jetzt müssen wir alle möglichen Maßnahmen auflisten und bewerten, wie viel sie dazu beitragen, also wie geeignet sie sind, diese erhöhte Belastung schon kurzfristig zurückzuführen. Und dann brauchen wir schnelle Beschlüsse und schnelle Finanzierung für die sofortige Umsetzung. Ich gebe schon einmal die Devise für den städtischen Haushalt 2018 aus: Bessere Luftqualität in Ludwigsburg. In einer ersten Reaktion auf die Klageankündigung der Deutschen Umwelthilfe hat die Stadtverwaltung verlauten lassen, Maßnahmen, die für sauberere Luft ergriffen würden, seien mehr Radwege, mehr Elektrobusse und weitere Tempo 30-Zonen sowie die Förderung des Umstiegs der Verwaltungsmitglieder auf Bus und Bahn. Ich bitte um Konkretisierung. Wie kommen wir hier schnell vorwärts? Die Verwaltung stellt uns nun ein Maßnahmenpaket mit Förderhilfen von Bund und Land vor. Was macht Ludwigsburg aus dem Mobilitätsfonds für die Städte? Eine Projektmeldung Fonds „Nachhaltige Mobilität in der Stadt“ mit acht Handlungsfeldern.

Die Maßnahmen werden im BTU-Ausschuss im Einzelnen beraten werden müssen: Grundsätzlich gehen sie nach Meinung unserer Fraktion in die richtige Richtung. Aber einige Fragen stellen sich sofort: Reicht ein Fördervolumen von 14 Millionen Euro aus? Bitte präzisieren Sie, wie viel städtische Mittel, wie viele Fördergelder von Bund und Land das bedeutet: Welche Schlussfolgerungen sind aus der Urteilsbegründung des Verwaltungsgerichts Stuttgart für den Fall der Stadt Ludwigsburg zu ziehen? In diesem Zusammenhang: Welche Maßnahme wird in welchem Jahr die Luftbelastung wie stark reduzieren? Das ist das Thema, das das Verwaltungsgericht Stuttgart einzig interessiert hat. Das ist die Frage, die auch für uns maßgeblich ist. Da könnte man befürchten, wenn man sich diese Projektmeldung anschaut: Das dauert zu lange, das bringt nicht genug an Emissions-Minderung. Können Sie uns da eines Besseren belehren? Wissen Sie, es wäre schon eine Bankrotterklärung, wenn der Ludwigsburger Gemeinderat erst von einem Gericht dazu verurteilt werden müsste, die Gesundheit seiner Bürger wirksam und schnell zu schützen. Weiter vermissen wir in der Projektmeldung ein Handlungsfeld „Fahrrad und Fußgängerverkehr“. Gerade was die Radwege betrifft, muss das Tempo jetzt endlich anziehen. Wir brauchen sehr zügige Planungen und sehr baldigen Bau der restlichen Wege aus dem Radroutenkonzept. Auch bei der generellen Förderung des Car Sharing und bei Fahrscheinverbilligungen im Busverkehr lässt sich noch mehr machen als in der Projektmeldung angedacht. Wir vermissen auch ein Projekt „Elektrische Kleinbusse als Sammeltaxen“.

Beim Thema Doppelstrategie Stadtbahn und BRT-Busse stellen wir fest, dass in der Ludwigsburger Projektmeldung der Strang „Beschleunigung der Stadtbahn-Planung“ fehlt. Wir betonen, dass das überfällige Maßnahmenprogramm zur Luftreinhaltung nicht dazu führen darf, dass die Stadtbahn geopfert wird. Im Gegenteil: Eine Stadtbahn wird eine zentrale Rolle spielen bei der Luftverbesserung in Ludwigsburg. Wie weiter? Der Presse haben wir entnommen, dass die Deutsche Umwelthilfe gegen die Stadt klagen will, wenn bis 21. September kein Katalog mit wirksamen Maßnahmen vorliegt. Da frage ich den Herrn Oberbürgermeister, warum er dem Gemeinderat keine Beschlussvorlage gefertigt hat, mit der wir einen Maßnahmenkatalog diskutieren und beschließen könnten.

Aktionsprogramm Nachhaltige Mobilität Ludwigsburg
- Klageandrohung der Deutschen
Umwelthilfe/mögliche Fahrverbote
- Vorstellung des Maßnahmenprogramms
- Bericht über die Gespräche auf Bundes- und
Landesebene

Glauben Sie etwa, dass wir die Klage-Einreichung gar nicht verhindern können? Von Ihrer anstehenden Beschlussvorlage erwarten wir, dass sie aufzeigt, in welcher Weise und in welcher relativ kurzen Frist die relevante Luftbelastung in Ludwigsburg unter den erlaubten Wert von 40 Mikrogramm Stickoxid herunter gebracht werden kann. Von den anderen Gemeinderatsfraktionen erwarten wir, dass sie diesmal nicht als Bremser, sondern als Unterstützer von wirksamen Maßnahmen auftreten.

Dass nun ein Verein wie die Deutsche Umwelthilfe Klage erheben möchte, empfindet Stadtrat **Dr. O'Sullivan** als traurig. Seiner Aussage sei die Deutsche Umwelthilfe der erste Verein, der sich in den letzten Jahren verstärkt darum bemühe, geltende Emissionswerte zum Schutz der Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger durchzusetzen. So etwas hätten weder die Städte noch die Länder oder der Bund getan. Stadtrat Dr. O'Sullivan bittet darum, dass die Mitglieder des Gemeinderates informiert werden, wenn Klage gegen das Land Baden-Württemberg erhoben werde. Er nimmt an, dass Ludwigsburg kurzfristig in dieses Verfahren beigeladen werde und schon deshalb in der Lage sein sollte, von Anfang an steuernd in das Klageverfahren einzugreifen. Hierfür seien erste Maßnahmen, welche die Stadt auf den Weg gebracht habe, ein erster kleiner Schritt. Mit Blick auf die knapp bemessene Zeit hätte die Stadt Ludwigsburg zum jetzigen Zeitpunkt viel weiter sein müssen. Der Mobilitätsfonds, den nun die Bundesregierung in Kooperation mit der Automobilindustrie für die Kommunen zur Verfügung stelle, sei eine gute Idee, welche jedoch unter sehr kritikwürdigen Umständen zustande gekommen sei. Die deutsche Automobilindustrie habe in den letzten Jahren nicht immer die geltenden Umweltnormen eingehalten. In der Zukunft sollte sie aber gezwungen werden, dies zu tun. Die SPD Fraktion freue sich darüber, im Rahmen des Förderpakets die Einführung eines Stadttickets in Ludwigsburg als mögliche kurzfristige Maßnahmen umzusetzen.

Die Fraktion mache laut Stadtrat Dr. O'Sullivan keinen Hehl daraus, dass sie keine Anhängerin der BRT-Busse sei. Sie nehme jedoch zur Kenntnis, dass dieser Teil der Doppelstrategie nun mit Hilfe der Fördermittel der Bundesregierung schneller gefahren werden könne. Die Fraktion halte nach wie vor eine Stadtbahn für die sinnvollere Lösung. Ihre Realisierung würde womöglich länger dauern, aber dafür langfristig mehr Menschen aus dem motorisierten Individualverkehr herausholen. Stadtrat Dr. O'Sullivan bemerkt, dass unter den möglichen Lösungen für das Problem der Luftverschmutzung das Radwegenetz fehle, obwohl dieses bereits vom Gemeinderat beschlossen wurde.

Jetzt böte sich eine gute Gelegenheit, Finanzmittel aus dem Mobilitätsfonds zu beantragen, um die Realisierung des Radwegenetzes voranzutreiben und somit Pendlerverkehr aus den Autos und aus dem ÖPNV herauszunehmen. Den Bau neuer Umfahrungsstraßen sei nach Auffassung der SPD-Fraktion nicht dazu geeignet, die Luftbelastung zu mindern. Die Fraktion würde sich über eine Förderunschädlichkeitserklärung freuen.

Stadtrat **Weiss** sieht in den vorgestellten Maßnahmen das richtige Mittel, um Fahrverbote, die eventuell im Klageweg eingefordert werden könnten, zu verhindern. Auch bedauert er, dass aktuell Dieselfahrzeuge verdammt werden. Denn das wirke sich aus volkswirtschaftlicher Sicht negativ aus. Bezug auf die Elektroautos nehmend bemerkt Stadtrat Weiss, dass der hierfür benötigte Strom zum größten Teil nicht aus erneuerbaren Energien, sondern aus fossilen Energieträgern, produziert werde. Deshalb sei die Nachhaltigkeit solcher Fahrzeuge kritisch zu bewerten. Ebenso die Produktion und Entsorgung der benötigten Batterien. In diesem Zusammenhang und mit Blick auf die Elektrobusse im öffentlichen Personennahverkehr, die zur Diskussion stehen, fragt Stadtrat Weiss, ob lediglich Elektroantriebe durch die Mittel der Bundesregierung gefördert werden oder auch andere alternative Antriebe, beispielsweise Wasserstoff.

Stadtrat **Eisele** begrüßt die Aufstockung des Fördertopfes der Bundesregierung um weitere 500 Millionen Euro. Die FDP vertrete die Meinung, dass man pauschale Fahrverbote vermeiden sollte. Bei den neuen Dieselmotoren seien zudem die Werte der ausgestoßenen Stickoxide sehr gering. Auch Stadtrat Eisele kritisiert die Praxis der Deutschen Umwelthilfe. Er habe gelesen, dass im Jahr 2015 der Verein 170.000 Euro durch Mitgliederbeiträge eingenommen habe und 2,5 Millionen Euro durch Buß- und Strafgebühren. Ein Mobilitätskonzept müsse laut Stadtrat Eisele gut durchdacht werden. Schließlich hängen sehr viele Arbeitsplätze in der Region Stuttgart von der Automotive Branche ab. Er sieht gleichzeitig auch die Automobilindustrie in der Pflicht, die saubere Verbrennungsmotoren zu liefern, die sich die Kunden wünschen. Nach Ansicht von Stadtrat Eisele sei die Stadt Ludwigsburg mit ihrer Doppelstrategie im Bereich der nachhaltigen Mobilität gut aufgestellt.

Stadträtin **Dziubas** sieht in einem verbilligten ÖPNV-Ticket eine gute präventive Maßnahme. Dieses Ticket sollte nicht die Monatskarte ersetzen, sondern jeweils als Einzelfahrschein angeboten werden, damit sich die Bürgerinnen und Bürger spontan und kurzfristig für einen Umstieg auf die öffentlichen Verkehrsmittel entscheiden können.

OBM **Spec** betont, dass die Stadt in den vergangenen Monaten intensiv an der Entwicklung von Lösungsansätzen zur besseren Organisation der nachhaltigen Mobilität gearbeitet habe. Die Vereinbarung einer ÖPNV-Doppelstrategie bezeichne er als Glücksfall für die Stadt. Dadurch habe nun Ludwigsburg die Möglichkeit, über dem ursprünglichen Ziel hinaus schnell Ergebnisse im Bereich der nachhaltigen Mobilität zu erzielen und drohende Fahrverbote abzuwenden. OBM Spec hält es für sinnvoll, bei energetischen Verbesserungen so technologieoffen wie möglich vorzugehen. Eine Pluralität der Lösungsansätze sei zudem unverzichtbar, um das technisch ausgereifteste und wirtschaftlichste System auswählen zu können. Bezug auf den erwähnten Wasserstoff-Antrieb nehmend erklärt OBM Spec, dass die Brennstoffzellentechnologie der Elektromobilität zugerechnet werde. Bei den Elektrofahrzeugen sei der Feinstaubabrieb allgemein geringer, weil es beim Bremsen zu einem Rekuperationseffekt komme. Während bei herkömmlichen Autos die Bremsenergie fast vollständig von der Bremsanlage absorbiert und weitgehend zu Reibungswärme umgewandelt werde, können Elektroautos diese Energie problemlos zurückgewinnen, da sie alle dazu notwendigen technischen Einrichtungen von Hause aus an Bord haben. Ludwigsburg habe den Ausbau einer öffentlichen Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge in Angriff genommen. Dieser Aufbau werde mit bereits bestehenden Fördermitteln fortgesetzt. Sowohl die Bundesregierung als auch das Verkehrsministerium des Landes Baden-Württemberg haben deutlich gemacht, dass keine mittel- oder langfristige Maßnahmen der Kommunen aus dem Mobilitätsfond, finanziert werden sollen, sondern solche Maßnahmen, die auch kurzfristig realisiert werden könnten und dabei wirksam seien. OBM Spec begrüßt, dass die Fördergebühren nicht nach dem Gießkannenprinzip ausgeschüttet werden, sondern bestimmten Städten zugute kommen sollen. Für Ludwigsburg komme dieses Förderpaket zum richtigen Zeitpunkt und werde der Stadt erlauben, auch kurzfristig in Sachen nachhaltige Mobilität voranzukommen. Abschließend ruft OBM Spec die Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung auf, eventuelle Vorschläge zum Thema Luftreinhaltung und nachhaltige Mobilität zeitnah der Verwaltung zu melden, damit sie in die Liste der zu meldenden Fördermaßnahmen aufgenommen werden können.

Stadtrat **Dr. Vierling** fragt, wann und wie weit Ludwigsburg die Stickoxid-Belastung reduzieren könnte. Zudem möchte er wissen, welchen konkreten Plan die Verwaltung hierzu verfolge.

TOP 1 Aktionsprogramm Nachhaltige Mobilität Ludwigsburg
- Klageandrohung der Deutschen
Umwelthilfe/mögliche Fahrverbote
- Vorstellung des Maßnahmenprogramms
- Bericht über die Gespräche auf Bundes- und
Landesebene

OBM **Spec** entgegnet, dass es darauf ankomme, so schnell wie möglich viele und unterschiedliche Maßnahmen zu ergreifen. Denn nur so bestehe eine echte Chance, die Stickoxidwerte wirksam zu reduzieren.

TOP 2 Werkstattbericht LivingLaB
- mündlicher Bericht

Beratungsverlauf:

Der Werkstattbericht LivingLab erfolgt durch mehrere Personen.

Frau **Bräuning** (Referat Nachhaltige Stadtentwicklung – Geschäftsstelle LivingLab) führt in das Thema ein.

Frau **Neubauer** (Referat Nachhaltige Stadtentwicklung – Geschäftsstelle LivingLab) stellt die Projekte vor, für die Fördermittel beantragt wurden. Zudem stellt sie die Maßnahmen zur Verbesserung der Luftqualität im Außenraum vor.

Frau **Dr. Merkert** (Firma Mann+Hummel) spricht über die Maßnahmen zur Verbesserung der Luftqualität in Innenräumen.

Herr **Komarek** (Fachbereich Organisation und Personal – Informationstechnik) berichtet über die Smart City Cloud-Plattform.

Herr **Grossmann** (Referat Nachhaltige Stadtentwicklung) stellt die nachhaltige Entwicklungsplanung für den Standort Ludwigsburg West vor und anschließend präsentiert Frau **Heydkamp** (Fraunhofer IAQ) das Stadtlabor.

OBM **Spec** erklärt, dass es ihm wichtig gewesen war, das Thema Innovation ganzheitlich anzugehen und in der Stadt Projekte aus allen Aufgabenfeldern zu haben. Schließlich werden Innovationen nicht lediglich in einzelnen, sondern in mehreren Bereichen vorangetrieben. Es handle sich um einen permanenten und ambitionierten Entwicklungsprozess und die Stadt sei gerade dabei, ihre diversen Projekte zu sortieren. Als Beispiel nennt OBM Spec das in der Präsentation genannte Smart City Cloud-Projekt. Hier werde deutlich, dass die Stadt beim Digitalisierungsprozess den vielfältigen individuellen Vorstellungen und Interessen der Nutzer Rechnung tragen müsse.

Stadträtin **Kreiser** bemerkt, dass sich die gesamte Stadt in einem Transformationsprozess befinde. Das sieht sie als etwas Positives an. Bezug auf das Projekt Smart City Cloud nehmend sagt sie, dass sich die Datensicherheit künftig zur größten Herausforderung entwickeln könnte. Die in der Präsentation erwähnten Luftmessungen würde sie nicht nur im Außenbereich, sondern auch in den Innenräumen – insbesondere der Schulen – begrüßen. Bei der Vielfältigkeit der Projekte sei es ihrer Meinung nach wichtig, bestimmte Zeiträume für die Umsetzung festzusetzen.

Stadtrat **Dr. Vierling** möchte wissen, wie sich der Mobilitätsfonds der Bundesregierung auf Ludwigsburg auswirken könnte. Bezug auf das Bürgerbüro der Zukunft nehmend fragt er, welchen Mehrwert ein Roboter im Vergleich zu einem interaktiven Bildschirm habe. Zum Thema Luftmessung in Innenräumen und Luftfilterung möchte Stadtrat Dr. Vierling wissen, ob man auch PCB mit den präsentierten Mitteln identifizieren und messen könnte. Bezug auf die Smart City Cloud nehmend fragt er, ob bereits bekannt sei, was die Bürgerinnen und Bürger interessieren und wo diese noch Informationsmängel sehen. Zudem möchte er erfahren, ob es eine Umfrage zu diesem Thema Smart City Cloud geben werde.

Stadtrat **Dr. O'Sullivan** äußert sich froh darüber, dass sich das Projekt LivingLab nun konkretisiere. Er wäre seiner Ansicht nach sehr erfreulich, wenn auch die Luftbelastung in den Innenräumen mancher Schulen mit den Lösungsansätzen aus dem LivingLab angegangen werden könnte. Das würde einen echten Mehrwert darstellen. Stadtrat Dr. O'Sullivan hofft, dass LivingLab gute Lösungen auch zum Thema Datensicherheit bei der Smart City Cloud anbieten werde.

Stadtrat **Weiss** bemerkt, dass viele der präsentierten Projekte erst im Oktober 2017 anlaufen werden. Deshalb hält er eine Projektvorstellung in der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung am 28.11.2017, wie von Frau Bräuning kommuniziert, für sehr verfrüht. Die Vorstellung der Projekte würde er zu einem späteren Zeitpunkt (z. B. im Februar 2018) begrüßen und hofft, dass sie auch die Vernetzung und die Synergiepotentiale mit anderen Stellen in der Stadt (z. B. mit innovativen Unternehmen) deutlich machen werde.

Stadtrat **Eisele** sieht es als besonders wichtig an, bei der Projektvorstellung den Schwerpunkt auf die Sicherheit der ein- und ausgehenden Daten zu setzen. Außerdem verstehe er nicht, warum die drei Umweltmessboxen an verschiedenen Stellen in der Stadt aufgestellt werden sollen. Es sei doch eindeutig, dass verschiedene Standorte verschiedene Luftwerte liefern würden. Stadtrat Eisele regt an, im Rahmen des LivingLab auch das Problem des Parkraumsuchverkehrs in den Parkhäusern zu behandeln und nach Lösungen hierfür zu suchen.

Stadträtin **Dziubas** ist die Aufstellung der Umweltmessboxen ebenfalls nicht ganz klar, obwohl sie im Allgemeinen Luftreinhaltungsmaßnahmen sehr begrüßt. Ihrer Ansicht nach sei der Roboter im Bürgerbüro der Zukunft eher eine Spielerei als eine Notwendigkeit. Sie bevorzuge in diesem sehr öffentlichkeitswirksamen Bereich Menschen als Ansprechpartner. Zudem findet sie die Verwendung der vielen englischen Begriffe (LivingLab, Makeathon etc.) störend.

Mit Blick auf die Luftschadstoffbelastung in Schulgebäuden sagt OBM **Spec**, dass die gemessene PCB-Belastung vornehmlich mit den im Betonbau verwendeten Verbindungsfugen zusammenhänge. Zudem habe man Formaldehyd-Werte gemessen, die in den Möbeln stecken. Die Stadt versuche hier zunächst die Luftschadstoffe zu identifizieren und diese nach Möglichkeit durch geeignete Filtertechnologie zu bekämpfen.

Frau **Dr. Merkert**, bestätigt die Wichtigkeit einer exakten Messung der Luftschadstoffe, um daraus die Häufigkeit und die Art der Belastungen zu eruieren und die richtigen Innovationen zur Lösung des Problems platzieren zu können. Die in der Präsentation gezeigten Geräte sollen dabei helfen, ohne dass jedes Mal für teures Geld ein Labor damit beauftragt werden müsste.

Laut OBM **Spec** ziele die Stadt darauf, über die herkömmlichen Messmethoden hinaus, die nur zeitverzögert Ergebnisse brächten, möglichst in Echtzeit zu messen. Weil Betonbauten aufgrund des Fugenmaterials oft mit Luftschadstoffen belastet seien, denke die Verwaltung darüber nach, dem Gemeinderat für das Bildungszentrum West eine schadstofffreie, modulare Holzbauweise mit der Möglichkeit der seriellen Vorfertigung zu empfehlen.

Diese Bauweise könnte künftig bei Bedarf für weitere Bildungseinrichtungen in der Stadt angewendet werden.

Auf die Frage von Stadtrat **Dr. Vierling** nach dem neuen Förderprogramm der Bundesregierung eingehend sagt OBM **Spec**, dass die genannten 500 Millionen Euro zunächst als pauschale Summe vereinbart wurden. Deshalb gebe es noch keine Förderkulisse. Es sei der politische Wille der Bundesregierung in Kooperation mit der Automobilindustrie Geld zur Verfügung zu stellen, damit in den Kommunen schnell wirksame Maßnahmen zur Verbesserung der Luftqualität umgesetzt werden können. Die Kommunen seien deshalb innerhalb kürzester Zeit aufgefordert worden, Maßnahmen, die Sinn machen und rasch umgesetzt werden können, zu melden. Die Hinweise aus der praktischen Arbeit der Kommunen werden mit großer Wahrscheinlichkeit für die Schaffung einer Förderkulisse zugrunde gelegt. Zum aktuellen Zeitpunkt seien noch keine Aussagen darüber möglich, ob der Bund und die Länder als ausführende Ebene einen Teil dieser Gelder dort verwenden werden, wo die bereits bestehenden Fördermittel nicht ausreichen. OBM Spec errechnet für Ludwigsburg gute Chancen, mehrere Maßnahmen, die mit technologischen Innovationen einhergehen, gefördert zu bekommen.

Bezug auf die Datensicherheit nehmend erklärt OBM **Spec**, dass die Digitalisierung sowohl Chancen als auch Risiken berge. Er gehe davon aus, dass die Stadtwerke eine wichtige Rolle bei der Digitalisierung in Ludwigsburg spielen werden, nicht nur durch den Ausbau der Glasfaserinfrastruktur, sondern auch als Basis zur Errichtung einer Smart City Cloud. Bei den wichtigen Fragen rund um die Smart City Cloud werde die Stadt mit dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnologie zusammenarbeiten. Darüber hinaus auch mit dem Datenschutzbeauftragten des Landes und mit wissenschaftlichen Institutionen, z. B. das Fraunhofer IAO in Stuttgart und das Fraunhofer FOKUS in Berlin.

Den Transformation in der Weststadt ansprechend sagt OBM **Spec**, dass dort eine Dynamik vorherrsche, welche mit den üblichen Planungsprozessen in der Stadt kaum vergleichbar sei. Für die dortigen Unternehmen sei eine enge Zusammenarbeit mit den Stadtwerken, die eine modellhafte Smart Grid-Lösung aufbauen werden, von großer Bedeutung. Eine weitere wichtige Aufgabe in der Weststadt sei der Aufbau eines integrierten Parkraummanagementsystems für private und öffentliche Flächen. Zum Roboter im Bereich der Bürgerdienste sagt OBM Spec, dass man neuen Ideen durchaus Raum geben sollte, auch wenn sie gewagt und ungewöhnlich erscheinen. Selbstverständlich hänge die Akzeptanz auch davon ab, ob die Leute neuartige Lösungen für interessant halten. Prinzipiell seien jedoch Entwicklungen in dieser Richtung nicht aufzuhalten.

Bezug auf die Umweltmessboxen nehmend sagt Frau **Bräuning**, dass man wegen der geringen Anzahl keine umfassende Emissionskarte für die Stadt erstellen könne. Jedoch sei ihre Aufstellung wichtig, weil man zunächst messen müsse, um anschließend konkrete Maßnahmen ergreifen zu können. Solche Maßnahmen zur Luftreinhaltung können beispielsweise Mooswände sein, gezielte Baumaßnahmen oder eine gezielte Verkehrssteuerung. Um zu eruieren, welches Konzept wo eingesetzt werden könnte, müsste zunächst pilothaft ausprobiert werden. Frau Bräuning teilt mit, dass zum Thema „Messung der Luftqualität“ auch eine Bürgerpartizipation geplant sei, um ein Bewusstsein für diese Problematik zu schaffen. Zum Roboter sagt sie, dass man diesen auch an andere geeignete Bereiche innerhalb der Stadtverwaltung als ersten Ansprechpartner zusätzlich einsetzen könnte. Sie weist zudem auf das Innovationsnetzwerktreffen am 29.09.2017 hin, wo über die geplanten Projekte im Rahmen des LivingLab ausführlicher diskutiert werden soll.

Die Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung nehmen den Bericht zur Kenntnis.

Beschluss:

1. Die Entwicklung der Ludwigsburger KulturImpulse einschließlich der Evaluation wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
2. Das Programm Ludwigsburger MusikImpulse wird ab dem Schuljahr 2018/19 um das Konzept Ludwigsburger Kulturimpulse entsprechend der Darstellung im Sachvortrag erweitert.
3. Vorbehaltlich der Haushaltsbeschlussfassung 2018 werden dafür ab 2018 im städtischen Haushalt die erforderlichen finanziellen Mittel entsprechend der vorgelegten Berechnung (Anlage 4 Berechnung Zuschussbedarf) bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Beratungsverlauf:

Frau **Richert** (Fachbereich Kunst und Kultur) stellt anhand einer Präsentation, die dem Protokoll beigelegt ist, die Entwicklung und die Evaluation des Frühförderungsprojekts „MusikImpulse“ vor. Dieses Projekt habe sich in den vergangenen sechs Jahren erfolgreich in Kindertagesstätten und Grundschulen etabliert. Nun möchte die Stadt die kulturelle Frühförderung auch Dritt- und Viertklässlern anbieten. Darüber hinaus soll das Angebot um Theater, Tanz und Kunst erweitert werden. Rund 15 Prozent des Programms sollen künftig Tanz, Theater und Kunst umfassen. Das Projekt MusikImpulse finde Anklang und werde nach der Pilotphase sehr gut angenommen. Es handle sich dabei um ein niederschwelliges Musikangebot, welches den Kindern Spaß machen soll. Dabei kooperiere die Stadt mit der Jugendmusikschule, dem Stadtverband der Gesang- und Musikvereine Ludwigsburg sowie mit Kindertagesstätten und Schulen. Nach Aussage von Frau Richert erreiche der Musikunterricht mittlerweile rund 1.400 Kinder in 62 Einrichtungen. Diese Zahlen sollen künftig erhöht werden. Denn das Angebot fördere auch die Persönlichkeitsbildung der Kinder. Eine Evaluation der Evangelischen Hochschule bescheinige die positive Wirkung des Programms unter anderem auf Motorik, Sprachvermögen und Kreativität des Nachwuchses. Mit den Erweiterungen stellen sich auch neue Herausforderungen. So würden die Stundenhonorare für Lehrkräfte von 29 auf 30 Euro steigen. Des Weiteren müsste eine neue Finanzierungsstruktur geschaffen werden. Dazu gehöre, dass die Elterngebühren nicht mehr 9 Euro im Monat, sondern 11,50 Euro betragen. Obwohl es immer noch ein sehr günstiges Angebot für einmal die Woche sei, gebe es Familien, für die das Angebot schwerer oder nicht mehr finanzierbar sei. Daher seien Sozialermäßigungen geplant. So würden Inhaber des Bildungs- und Teilhabepaketes des Bundes wie bisher kostenfrei teilnehmen können. Inhaber der Ludwigsburg Card würden eine reduzierte Gebühr von 5,75 Euro bezahlen.

Stadträtin **Kreiser** betont, dass es der ausdrückliche Wunsch des Gremiums gewesen war, einen musischen Impuls für möglichst viele Kinder in der Stadt zu schaffen, unabhängig von deren Herkunft oder die finanzielle Situation ihrer Eltern. Dem Gremium sei zudem wichtig gewesen, ein niederschwelliges Angebot zu machen, welches sowohl für die Kommune als auch für die Eltern bezahlbar wäre. Deshalb begrüßen die Gremiumsmitglieder auch das 3-Säulen-Modell zur Finanzierung des Angebots (Elternbeiträge, finanzieller Anteil der Kommune, Drittmittel).

Dass nun die Elternbeiträge angepasst werden, findet Stadträtin Kreiser in Ordnung. Wichtig sei dabei, dass die Gewährleistung der Zugänglichkeit weiterhin durch die Ludwigsburg Card und das Bildungs- und Teilhabepaket gewährleistet werde. Mit Blick auf die Erweiterung des Angebots für Dritt- und Viertklässler fragt Stadträtin Kreiser, inwiefern eine Kooperation mit Vereinen bestehe und wie viele Kinder nach den Musikimpulsen einen Verein oder die Musikschule besuchen.

Stadtrat **Dr. Vierling** sagt, es sei frappierend, wie die musische Förderung der Kleinkinder mittlerweile Zweidrittel der Arbeit der Jugendmusikschule ausmache und damit den traditionell straken Instrumentalteil überflügelt habe. Das Programm der Musikimpulse habe auch für Erzieher/innen und Grundschullehrer/innen eine wichtige Qualifizierungswirkung, die bei ihrer täglichen Arbeit mit den Kindern Früchte trage. Die Evaluation mache deutlich, dass weiterhin Bedarf bestehe. Stadtrat Dr. Vierling vertritt die Meinung, dass die Musikimpulse von einem Projektstatus zu einem dauerhaften Angebot wechseln sollten. Die Angebotsstruktur sollte dabei erweitert werden, um eine Brücke von den Musikimpulsen hin zum Regelunterricht der Musikschulen zu bauen. Die Kulturimpulse bewertet Stadtrat Dr. Vierling als einen guten Ergänzungsbaustein. Die Honoraranhebung auf 30 Euro für Lehrkräfte sei eine bescheidene Verbesserung. Seines Erachtens wären für die bewährten Kräfte der Musikimpulse tarifliche Festanstellungen überfällig. Dass zugleich auch der Beitrag der Eltern auf 11,50 Euro erhoben werde, sei für finanziell schwache Familien negativ. Umso wichtiger sei es nun, dass das Ermäßigungssystem greife. Zudem wäre es wichtig zu erfahren, ob es Familien gebe, deren Einkommen zwar oberhalb dessen liege, was zu einer Ludwigsburg Card berechtigen würde, die jedoch förderungswürdig wären. Deshalb sollte nach Ansicht von Stadtrat Dr. Vierling die Schwelle zur Nutzungsberechtigung einer Ludwigsburg Card nicht zu niedrig liegen. Die Schwelle sollte Jahr für Jahr dem Inflationsausgleich entsprechend angehoben werden. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stimme der Vorl.Nr. 294/17 zu.

Stadträtin **Deetz** begrüßt ebenfalls das Programm und die geplante Erweiterung auf die Bereiche Tanz, Theater und Kunst. Sie sagt, dass sich die SPD-Fraktion zunächst gegen die Erhöhung der Elternbeiträge ausgesprochen habe und den Beitrag bei zehn Euro deckeln wollte. Die Erhöhung der Honorare für die Fachkräfte werde dagegen von der Fraktion gutgeheißen. Stadträtin Deetz stimmt der Vorlage im Namen ihrer Fraktion zu.

Stadtrat **Weiss** erachtet die Musikimpulse als sehr wichtig für die musikalische Frühförderung. Die Erhöhung der Elternbeiträge erachtet er als moderat, sozial und angemessen.

Stadtrat **Eisele** begrüßt, dass nun die Kulturimpulse zum bisherigen Programm hinzukommen sollen. Schließlich sei der Tanz sehr wichtig für die physische Entwicklung der Kinder, aber auch für die Entwicklung Ihrer Persönlichkeit. Dasselbe gelte auch für Rollenspiele im Rahmen des Theaters. Die Erhöhung der Elternbeiträge erachtet er als moderat und auch gerechtfertigt. Schließlich handle es sich jetzt um ein erweitertes und verbessertes Angebot an die Kinder. Stadtrat Eisele fragt, wie genau die 85 Prozent Musik und 15 Prozent Kulturimpulse künftig auf 45 Minuten verteilt werden sollen.

Stadträtin **Dziubas** äußert ebenfalls ihre Zustimmung.

Bezug auf die Frage von Stadtrat **Eisele** nehmend erklärt Frau **Richert**, dass nicht alle Künste in einem Workshop pro Woche vertreten sein werden. Vielmehr müssen die verschiedenen Einrichtungen der Stadt kommunizieren, ob sie einen Kulturimpuls zusätzlich zum Musikimpuls anbieten möchten oder ausschließlich einen Kulturimpuls. Die Verwaltung habe eine bestimmte Anzahl an Einrichtungen kalkuliert, welche den Kulturimpuls zusätzlich oder ausschließlich anbieten würden. Diese Anzahl betrage 15 Prozent im Gesamtspektrum.

Frau **Schützer** (Leiterin Jugendmusikschule) sagt, dass die Jugendmusikschule über dieses Programm ein Klientel in den Einrichtungen erreiche, das sie sonst nicht erreichen würde. Bezug auf die Gebühren nehmend sagt sie, dass es der Musikschule sehr entgegen kommen würde, dieses Angebot hochpreisiger zu gestalten. Denn die Jugendmusikschule habe noch einen Elementarbereich, der Angebote mache, welche wesentlich hochpreisiger seien. Diese haben sich laut Aussage von Frau Schützer über eine längere Zeit stabil gehalten mit weit über 300 besuchenden Kindern. Zudem müsse die Schule eine Brücke zu Gebühren in ihrem Kernbereich schlagen, die weit über die 11 Euro für die MusikImpulse liegen. Dass es eine Ermäßigung für Angebote zur musischen Frühförderung im Rahmen der Ludwigsburg Card und des Bildungs- und Teilhabepakets gebe, begrüßt Frau Schützer ausdrücklich. Sie betont zudem, dass sie sich sehr über den Austausch mit dem Stadtverband der Gesang- und Musikvereine freue. Letztes Jahr habe man gemeinsam die Veranstaltung „Ludwigsburg singt“ durchgeführt. Auch zu Blasvereinen in den Stadtteilen suche man derzeit das Gespräch. Denn die Vereine suchen Nachwuchs, denn die Jugendmusikschule ausbilde. Frau Schützer könne sich gut vorstellen, Hand in Hand mit den Vereinen zu arbeiten und die musikalische Ausbildung für diese zu übernehmen. Dafür müssten jedoch Strukturen geschaffen und Gespräche geführt werden – jedoch nicht auf der Ebene einer Konkurrenz. Die Aufgabe der Jugendmusikschule in den nächsten Jahr sieht Frau Schützer verstärkt auch darin, auf die Schulen zuzugehen und mit ihnen gut zusammenzuarbeiten, um vor dem Hintergrund des wachsenden Ganztagesbetriebs auch den Zugang zur Musikschule zu erleichtern.

Stadtrat **Dr. O'Sullivan** spricht erneut die Bedenken der SPD-Fraktion zur Gebührenerhöhung aus. Die Fraktion habe den Eindruck, dass der Aufbau Gebührenstruktur nicht perfekt ausgestaltet sei. Deshalb wäre es seiner Ansicht nach sinnvoll, im nächsten Jahr die Struktur und Staffelung der Gebühren zu überprüfen.

Stadträtin **Deetz** betont in diesem Zusammenhang, dass auch der Geschwister-Bonus besser kommuniziert werden sollte.

Nach der Aussprache stellt OBM **Spec** die Vorl.Nr. 294/17 zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Oberbürgermeister als Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung (§ 104 Abs. 1 GemO) wird beauftragt:

1. Feststellung des Liquidations- Jahresabschlusses und der Liquidations-Schlussbilanz zum 28.12.2016

Der Feststellung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 01.01.2016 – 28.12.2016 und der Liquidations-Schlussbilanz zum 28.12.2016 der Arena Ludwigsburg Verwaltung GmbH i.L. mit folgenden Werten zuzustimmen:

		01.01. – 28.12.2016 in Euro	01.08. – 31.12.2015 in Euro
1	Bilanzsumme	18.757,03	26.575,40
1.1	Davon entfallen auf der Aktivseite auf		
	- das Anlagevermögen	0,00	0,00
	- das Umlaufvermögen	18.757,03	26.575,40
1.2	Davon entfallen auf der Passivseite auf		
	- das Eigenkapital	18.757,03	23.164,79
	- die empfangenen Ertragszuschüsse	0,00	0,00
	- die Rückstellungen	0,00	860,61
	- die Verbindlichkeiten	0,00	2.550,00
2	Jahresgewinn/-verlust	-4.407,76	-2.159,30
2.1	Summe der Erträge	0,00	0,00
2.2	Summe der Aufwendungen	4.407,76	2.159,30

2. Entlastung

Der Liquidatorin der Arena Ludwigsburg Verwaltung GmbH i.L. für den Zeitraum 01.01.2016 – 28.12.2016 Entlastung zu erteilen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Beratungsverlauf:

Da von den Ausschussmitgliedern kein Sachvortrag und keine Aussprache gewünscht werden, stellt OBM **Spec** die Vorl.Nr. 326/17 gleich zur Abstimmung.